



Presseschau vom 04.12.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dan-news.info: Die Webseite der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa ist von einer Cyberattacke betroffen. Dies teilte heute Abend der Apparat der Bevollmächtigten mit.

„Unsere Seite ombudsmandnr.ru ist von einer DDoS-Attacke betroffen“, wurde beim Apparat der Bevollmächtigten erklärt. „Der technische Dienst arbeitet schon an einer Wiederaufnahme der Arbeit der Ressource, wir hoffen auf eine möglichst schneller Lösung der Situation.“

Zuvor, am 10. November wurde die Seite der Bevollmächtigten der Republik, die bisher dahin in der Domänen-Zone .org lief, auf Forderung der US-Behörden blockiert. Die Intervention gegen die Bevollmächtigte, deren Apparat für Flüchtlingshilfe, die Befreiung von Gefangenen und andere humanitäre Fragen verantwortlich ist, wurde mit dem Kampf gegen den „Terrorismus“ erklärt. Nach zehn Tagen nahm die Ressource ihre Arbeit in der russischen Domänen-Zone wieder auf.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die illegale Kooperation zwischen Ankara und der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) ist wesentlich vielfältiger, als bislang bekannt, berichtet die österreichische Online-Zeitung Die Presse.

Dem Artikelautor Martin Gehlen zufolge kontrollierten Daesh-Kämpfer bereits einen fast 100 Kilometer langen Streifen der syrisch-türkischen Grenze zwischen Dscharabulus und Kilis, über den der Schmuggel mit Erdöl, Waffen und Antiquitäten erfolge. Über diese unter Kontrolle von Terroristen stehenden Gebiete würden zudem Daesh-Rekruten in die Türkei und zurück geschleust.

Obwohl sich Ankara formal der von den USA angeführten Koalition gegen den Daesh angeschlossen habe, würde die türkische Luftwaffe fast ausschließlich Angriffe auf Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans und der kurdischen Miliz YPG in Syrien und im Irak fliegen. Damit attackiere die Türkei jedoch ausgerechnet diejenigen Einheiten, die als einzige Bodenkraft in der Region gegen Daesh kämpfen kann.

Der russische Präsident Wladimir Putin habe der Online-Zeitung zufolge erst Licht in den Ölschmuggel zwischen der Türkei und Daesh gebracht.

„In Hunderten von Tankwagen gelangt das schwarze Gold des IS zunächst nach Zakho ins irakische Kurdistan, wo die heiße Ware versteigert und mit offiziellen Papieren versehen wird“, so Die Presse. Danach übernehmen türkische Spediteure die Fracht und bringen sie zu Hafenterminals in der Türkei.

Obwohl Daesh-Kämpfer das Erdöl weit unter Selbstkostenpreis verkaufen würden, habe ihnen das illegale Geschäft nach Einschätzung des US-Finanzministeriums seit Anfang 2015 bereits etwa 500 Millionen Dollar gebracht.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte nach dem Abschuss des russischen Kampfflugs Su-24 darauf aufmerksam gemacht, dass sich der Vorfall infolge gezielter und effektiver russischer Luftangriffe sowohl auf mit Öl beladene Tankwagen als auch auf Ölfelder des Daesh ereignet habe.

Am 1. Dezember hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seine Bereitschaft bekundet, zurückzutreten, sollten Ankaras Ölgeschäfte mit der Terrormiliz Daesh nachgewiesen werden.

Videoaufnahmen des russischen Verteidigungsministeriums von der syrisch-türkischen Grenze:

`<iframe width="854" height="480" src="https://www.youtube.com/embed/AHx-4XCgzDY" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/AHx-4XCgzDY>

Dan-news.info: Die letzte Nacht verlief in Donezk und den Städten in der Nähe der Kontaktlinie ruhig. Dies teilten die Leiter der Stadt- und Bezirksverwaltungen mit.

„Bei uns ist alles normal, die Nacht verlief ruhig“, sagte der Leiter des Petrowskij-Bezirks der Hauptstadt Maxim Shukowskij. Das Fehlen von Beschüssen wurde auch in den Bezirken Kirowskij, Kujbyschewskij und Kiewskij bestätigt.

„Alles war ruhig“, sagte die Bürgermeisterin von Makejewka Larisa Tolstykina.

Über eine normale Lage wurde auch aus Jasinowataja, Gorlowka und den Bezirken Nowoasowsk, Telmanowo und Starobeschewo berichtet. „Bei uns ist es ruhig, keiner klagt, alle Schulen arbeiten, alles ist gut“, sagte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Morgun.

Ukrinform.ua: Der Internationale Währungsfonds (IWF) kann sich in den Prozess der Umschuldung der „Schulden von Janukowitsch“ zwischen der Ukraine und Russland nicht

einmischen, daher ruft er die Parteien auf, dieses Problem in einem direkten Dialog zu lösen. Das erklärte auf dem Briefing in Washington der offizielle Vertreter von IWF, Jerry Rice, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in den USA.

De.sputniknews.com: Es gibt keinen Grund zu behaupten, dass der von einem IS-Terroristen hingerichtete Tschetschene ein Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB war, schrieb der tschetschenische Republikchef Ramsan Kadyrow am Freitag in seinem Instagram-Profil.

„Der Mord an Magomed Chassijew ist eine Propagandakampagne der Iblis-Bande und ihrer Gönner in westlichen Geheimdiensten. Uns liegen keine objektiven Gründe für die Behauptung vor, dass er Mitarbeiter eines Geheimdienstes war. Er war höchstwahrscheinlich durch Betrug in den IS hineingezogen worden“, so Kadyrow.

Das Oberhaupt der Tschetschenischen Republik schloss außerdem eine Beteiligung der CIA an der Ermordung des russischen Bürgers nicht aus. Laut dem IS nahestehenden Informationsquellen „übermitteln westliche Geheimdienste der IS-Führung unter dem Deckmantel angeblichen Informationsverlusts Angaben über Personen, die gewisse Aufgaben unserer (russischen – Anm. d. Red.) Geheimdienste ausführen sollen. Möglicherweise war Magomed für die Rolle eines solchen ‚russischen Spions‘ für geeignet befunden worden“, so Kadyrow.

Zuvor hatten die TV-Sender NBC und CNN berichtet, dass die Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) erneut eine Videoaufnahme einer Hinrichtung veröffentlicht hätte. Die Bilder zeigten die Enthauptung eines Menschen in orange Kleidung und wie dieser vor der Hinrichtung eingesteht, Informationen für den russischen Geheimdienst FSB übermittelt zu haben.

Kadyrow erkannte in dem Hingerichteten einen Tschetschenen und versprach, „denjenigen, der den Mann aus unserem Staat niedergestochen hat, ins Jenseits zu befördern“.

Nach Angaben Kadyrows stammte der hingerichtete Chassijew aus dem Gebiet Tscheljabinsk und trug bis August 2012 den Namen Jewgeni Judin. Er soll von einer Tschetschenin adoptiert worden sein und in den letzten drei Jahren in Maikop (Hauptstadt der russischen Kaukasus-Republik Adygeja) gelebt haben.

Der mutmaßliche Mörder, der als Einwohner von Nojabrsk (im autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen Russlands) identifiziert wurde, ist russischer Nationalität.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30617/79/306177973.jpg>

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Fast 100 Prozent der russischen Bürger sind der Meinung, dass die Behörden mit Antwortmaßnahmen auf den Abschuss des russischen Kampffjets durch die türkische Luftwaffe reagieren mussten. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes WZIOM.

Ende November war der russische Frontbomber vom Typ Su-24 von einem türkischen F-16-Jagdbomber in Syrien abgeschossen worden.

Nur 1 Prozent der Befragten meint, die russischen Behörden hätten das Geschehene ignorieren und keine Antwortmaßnahmen ergreifen sollen.

Der Su-24-Abschuss habe laut WZIOM für viel Aufsehen in der russischen Gesellschaft gesorgt. Die absolute Mehrheit der Bürger weiß von dem Vorfall, zum Zeitpunkt der Umfrage genau 96 Prozent...

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Volksmiliz schließt während des Tages der ukrainischen Streitkräfte am 6. Dezember nicht die Möglichkeit von Provokationen von Seiten der Kiewer Truppen in Bezug auf die Soldaten der LVR und die friedliche Bevölkerung aus.

„Ja, am 6. Dezember ist natürlich die Wahrscheinlichkeit von möglichen Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte so groß wie sonst nie. Wir alle wissen leider, wie die ukrainischen Streitkräfte solche Veranstaltungen durchführen“, sagte Jaschtschenko.

Er unterstrich, dass an diesem Tag bei den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte „natürlich niemand die Waffen einsammeln oder einschließen wird, deshalb ist die Wahrscheinlichkeit von Provokationen an der gesamten Kontaktlinie gegeben“.

„Provokationen sind nicht nur gegen Vertreter der Volksmiliz möglich, sondern leider auch gegen die Zivilbevölkerung“, fügte Jaschtschenko hinzu.

In Zusammenhang damit rief er die Zivilbevölkerung auf, die in der Nähe der Kontaktlinie wohnt, an diesem Tag aufmerksam zu sein und nach Möglichkeit „sich weit von der Front entfernt aufzuhalten“.

Die ukrainischen Streitkräfte haben an der Eisenbahnstation im von Kiew kontrollierten Artjomowsk 25 Artilleriegeschütze angeliefert.

„Die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat in den letzten 24 Stunden keine Veränderungen erfahren und kann als stabil-angespannt charakterisiert werden. Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden nicht festgestellt, aber ich bin wieder gezwungen festzustellen, dass die ukrainischen Streitkräfte ihre Technik und ihr Personal an der Kontaktlinie zusammenziehen“, sagte Jaschtschenko.

„So wurde an der Eisenbahnstation der Stadt Artjomowks die Ankunft einer Lieferung mit Militärtechnik festgestellt, wobei 25 Artilleriegeschütze bemerkt wurden. Nach unseren Daten kam die Technik vom Truppenübungsplatz Schirokuj Lan im Nikolajewskij-Oblast aus dem Bereich der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte

Die Mitarbeiter der OSZE-Mission haben ein weiteres Mal bestätigt, dass die von der LVR abgezogene Technik sich an den Lagerorten befindet. Dagegen ziehen die ukrainischen Streitkräfte weiterhin Waffen an der Kontaktlinie zusammen.

Jaschtschenko sagte, dass die Volksmiliz alle Minsker Vereinbarungen einhält, darunter auch die zum Abzug von Waffen.

„Diese Tatsache wird auch von den OSZE-Beobachtern bestätigt. Noch gestern, am 3. Dezember, haben diese Vertreter ein weiteres Mal zwei unserer Lagerorte für abgezogene Waffen besucht. Diesmal war die Vertretung größer, sie wurde von Herrn Kerbi, dem Leiter der OSZE-Mission im Lugansker Oblast und der LVR geleitet“, sagte Jaschtschenko.

Nach seinen Worten führte die OSZE-Mission „eine Kontrolle der Lagerung und Verifikation der Waffen durch, bestätigte das Vorhandensein der entsprechenden Waffen an den in den

Listen, die sich bei der OSZE-Vertretung befinden, angegeben Orten“.

„Im Unterschied, leider, zu der ukrainischen Seite. So wurde beispielsweise im Verantwortungsbereich der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte (Kommandeur ist der Oberst Nikoljuk) folgende Verlagerung von Technik und Personal festgestellt. Aus Staniza Luganskaja in Richtung Bachmutowka wurde die Verlagerung einer Militärkolonne festgestellt, die aus fünf Panzern, drei Einheiten Militärtechnik und einem Fahrzeug sowie 25 Mann bestand“, teilte der stellvertretende Leiter des Stabs mit.

Nach Angaben der Volksmiliz wurden am nördlichen Rand des von Kiew kontrollierten Dorfes Tscherwonj Showtenj, Staniza-Luganskaja-Bezirk, zehn Panzer und sieben Fahrzeuge mit Munition entdeckt.

„Am südlichen Rand von Michajlowka (Staniza-Luganskaja-Bezirk) wurde die Ankunft einer Kolonne aus zwei Einheiten Panzertechnik, fünf Fahrzeugen sowie 30 Mann festgestellt. Meiner Auffassung nach sind die Fakten recht aussagekräftig und zeugen ein weiteres Mal deutlich von einer Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainischen Streitkräfte, worauf wir die Aufmerksamkeit der OSZE-Mission lenken wollen“, fasste Jaschtschenko zusammen.

De.sputniknews.com: Von NATO-Beitritt keine Rede: Kiew kann eigene Sicherheit nicht garantieren

Momentan kann von einem möglichen Beitritt der Ukraine zur NATO keine Rede sein, zumal die Ukraine ihre eigene Sicherheit nicht gewährleisten kann, wie der Leiter der ukrainischen NATO-Mission, Jegor Boschok, am Freitag in einem Interview gegenüber dem ukrainischen Magazin „Fokus“ mitteilte.

„Es geht um die Durchführung der Reformen, damit sich die Ukraine im Sicherheits- und Verteidigungsbereich an die besten internationalen Normen, zu denen zweifellos die NATO-Standards gehören, anpassen kann“, so Boschok.

Was eine blockfreie Politik angehe, so funktioniere sie in den ukrainischen Realien nicht: Die Ukraine könne darum ihre eigene Sicherheit nicht gewährleisten. Laut Boschok ist die Ukraine zurzeit zur Mitgliedschaft in der Allianz noch nicht bereit. Das begreife sowohl die NATO als auch die Ukraine.

„Ein Verbündeter bedeutet nicht nur kollektive Sicherheit, sondern auch die Fähigkeit, sich selbst und andere zu schützen. Ist die Ukraine zu dieser Verantwortlichkeit bereit? Die Antwort ist absolut eindeutig: Nein“, sagte Boschok weiter.

Das ukrainische Parlament hatte im Dezember vorigen Jahres zwei Gesetze verabschiedet und damit auf die Blockfreiheit der Ukraine verzichtet. Als Begründung wurde angeführt, dass der blockfreie Status keine Sicherheit für das Land garantieren konnte. Die ukrainischen Behörden rechnen jedoch damit, bald Mitglied der NATO zu werden.

Die unlängst angenommene Militärdoktrin sieht die Wiederaufnahme des Kurses auf einen NATO-Beitritt vor: Die Ukraine muss bis 2020 eine völlige Kompatibilität ihrer Streitkräfte mit den Kräften der NATO-Teilnehmerstaaten absichern. Expertenschätzungen zufolge jedoch wird sich die Ukraine in den kommenden 20 Jahren um eine NATO-Mitgliedschaft nicht bewerben können.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko betont, das Land werde schon in sieben Jahren ein Referendum über den NATO-Beitritt durchführen können. Ein Beitrittsantrag der Ukraine zur NATO ist auch ohne Volksbefragung unmöglich.

Dan-news.info: Mehr als 200 Filialen des staatlichen Unternehmens „Post das Donbass“ wurden bisher eröffnet. Dies teilte heute der Vertreter des Unternehmens Jewgenij Kownazkij mit.

„Derzeit arbeiten 215 Postfilialen in der gesamten Republik. Die Zahl der Mitarbeiter des Unternehmens beträgt 1500“, sagte er.

Kownazkij sagte, dass im nächsten Jahr geplant ist, die Zahl der Filialen auf 250 zu erhöhen.

In der Zeit vor dem Krieg betrug die Zahl der Postfilialen 375.

De.sputniknews.com: Krim-Energieblockade: Tigerbaby bedrohter Unterart an Kälte gestorben

Nach dem von ukrainischen Nationalisten verursachten Blackout hat Russland unlängst ein Starkstromkabel zur Krim verlegt. Für ein bengalisches Tigerjunges kam die Hilfe jedoch zu spät: Weil der Zoo in der Stadt Jalta nicht gut heizen konnte, ist es gestorben.

Laut einem Zoo-Vertreter habe es wegen der Energieblockade Schwierigkeiten mit dem Beheizen der Tigergehege gegeben – die für den Notfall vorbereiteten Generatoren konnten die notwendige Temperatur nicht erzeugen.

Auf der ganzen Welt leben heute in Gefangenschaft nur etwa 150 bis 200 weiße Tiger. Die gesamte Population der normalgefärbten Tiere wird auf weniger als 2.500 Individuen geschätzt...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30618/13/306181368.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische nationalistische Formationen aus dem an der Front liegenden Dorf Schirokino haben mit Granatwerfern das Dorf Kominternowo im Nowoasowkij-Bezirk im Süden der DVR beschossen. Dies teilte eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Vor etwa 20 Minuten wurde das Dorf Kominternowo im Nowoasowkij-Bezirk von den Positionen der ukrainischen Truppen in Schirokino beschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner auf die Ortschaft etwa fünf Granatgeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen hat.

Außerdem wurden heute nach seinen Worten auch der von der DVR kontrollierte Teil der Ortschaft Sajzewo im Norden von Gorlowka vom Gegner mit Panzern, Panzertechnik und Granatwerfern des Kalibers 82mm beschossen.

Derzeit werden Informationen über Verletzte und Zerstörungen geprüft.

De.sputniknews.com: Der georgische Präsident Giorgi Margwelaschwili hat Michail Saakaschwili per Erlass die Staatsbürgerschaft entzogen.

„Wegen der Annahme der Bürgerschaft eines anderen Staates wird Michail Saakaschwili, wie auch anderen Bürgern Georgiens, die georgische Staatsbürgerschaft entzogen“, heißt es in dem veröffentlichten Erlass.

Saakaschwili hatte nach dem Amtsantritt des neuen georgischen Präsidenten Giorgi Margwelaschwili im November 2013 Georgien verlassen.

Die Oberste Staatsanwaltschaft Georgiens hatte gegen Saakaschwili mehrere Anklagen erhoben, unter anderem wegen Unterschlagung von rund fünf Millionen US-Dollar. Später wurde Saakaschwili zur landesweiten Fahndung ausgeschrieben.

Im November leitete das georgische Justizministerium den Prozess des Bürgerschaftsentzugs im Falle Saakaschwilis ein, nachdem die Ausstellung des für Saakaschwili neuen Passes von der Ukraine offiziell bestätigt worden war.

Nach den Gesetzen Georgiens verliert ein Bürger die georgische Staatsbürgerschaft automatisch, wenn er diejenige eines anderen Landes annimmt. Es seien aber juristische und technische Verfahren erforderlich, damit diese Bestimmung auch umgesetzt werde. Dabei sei eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich, wenn man sie beim georgischen Präsidenten beantragt.

Kpdnr.su: Die Kommunisten der Jasinowatajer Stadtorganisation haben eine Einladung von der Stadtorganisation der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ zur Teilnahme an der Arbeit der sich bildenden „Volkskontrolle“ erhalten.

„Bei der Diskussion des genannten Vorschlags im Aktiv sind die Kommunisten zu dem Ergebnis gekommen, dass die Idee der Schaffung einer Volkskontrolle sowie die Heranziehung einer möglichst breiten Öffentlichkeit zu Staatsangelegenheiten vollständig mit den programmatischen Prinzipien der Kommunistischen Partei übereinstimmt. Es wurde entschieden, acht Kommunisten für die Mitarbeit in der „Volkskontrolle“ zu empfehlen. Dies sind sowohl Vertreter der älteren Generation, die Erfahrung mit solcher Arbeit in der sowjetischen Zeit haben, als auch Personen mittleren Alters und Jugend“, teilte W. Tomilow, erster Sekretär des Jasinowatajer Stadtkomitees der KP der DVR.

Es hat bereits eine Sitzung des Komitees zur Volkskontrolle der Stadt Jasinowataja stattgefunden. Die Vertreter der Volkskontrolle werden auf gesellschaftlicher Grundlage eine Kontrolle von Preisen, Qualität und vielem anderen vornehmen.

Ukrinform.ua: Die Regierung der Ukraine und Japans haben Verträge unterzeichnet, die für die Ukraine die Gewährung des zweiten Darlehens von 300 Millionen Dollar für die Durchführung von wirtschaftlichen Reformen vorsehen.

Wie ein Ukrinform-Korrespondent meldet, wurde eines der bilateralen Dokumente vom Premierminister der Ukraine, Arsenij Jazenjuk, und dem Botschafter von Japan in der Ukraine, Shigeki Sumi, unterzeichnet. Noch ein anderes Dokument unterzeichneten die Finanzministerin der Ukraine, Natalia Jaresko, und der Vizepräsident der japanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit, Kenichi Tomioshi.

„Diese 300 Millionen wurden gegeben, weil die Ukraine vollständig das Programm der Zusammenarbeit mit dem IWF und das Programm der Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen internationalen Geldgebern erfüllt. Als Bedingung für weitere Unterstützung für die Ukraine ist in erster Linie das Sein der Ukraine im IWF-Programm, das voll und ganz dem Aktionsprogramm der Regierung und dem Koalitionsvertrag entspricht“, sagte Jazenjuk.

Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssowjets haben heute in zweiter Lesung ein Gesetz angenommen, nach dem das Rentenalter für Frauen in der Republik auf 55 Jahre gesenkt wird.

Gemäß den eingefügten Änderungen „haben Bürger, die auf dem Territorium der LVR leben, das Recht auf eine Rente nach der Erreichung des 60. Lebensjahrs für Männer und des 55 Lebensjahrs bei Frauen, wenn sie mindestens 15 Jahre versicherungspflichtig gearbeitet haben“.

„Heute wurden Änderungen in dem Gesetz beschlossen, die bestätigen, dass Männer das Recht auf eine Rente nach Erreichen des 60. Lebensjahrs und Frauen nach Erreichen des

55. Lebensjahrs haben. Das sind die Änderungen, die wir unserer Bevölkerung zugesagt hatten und die sehr heftig diskutiert wurden. Im Ergebnis einer anstrengenden Arbeit wurden alle Momente ausgearbeitet – Finanzierung, Absicherung, Garantie – und heute, kurz vor dem neuen Jahr haben wir ein solches Neujahrsgeschenk für unsere Frauen“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin.

Die Änderungen werden ab dem 1. Januar 2016 auf dem Territorium der LVR in Kraft treten. „Bis dahin gelten Anrechte auf Renten gemäß der ukrainischen Gesetzgebung, bei Frauen waren das 57 Jahre. Ab dem Neuen Jahr wird das Pensionsalter in der Ukraine 58 Jahre betragen. Und wir haben 55 Jahre festgelegt, diese drei Jahre sind für die Frauen, so denke ich, wesentlich“, sagte Karjakin.

De.sputniknews.com: In dem Handelskrieg, den Recep Tayyip Erdoğan initiiert hat und den nun Wladimir Putin führt, kann es nur einen Sieger geben und das wird mit Sicherheit Russland sein, schreibt der Analytiker Amotz Asa-EI von der Agentur MarketWatch. Auf dem Spiel stünden, so Asa-EI, „Handelsbeziehungen mit einem Umsatz von 30 Milliarden US-Dollar“, und während Russland nicht so sehr davon abhängt, seien sie für die Türkei lebenswichtig.

Nachdem der Westen antirussische Sanktionen verhängt hatte, kaufte Russland etwa allein türkisches Obst und Gemüse für ca. vier Milliarden Dollar ein, allerdings würde es Moskau kaum schwer fallen, diese Lebensmittel bei anderen Ländern einzukaufen, genauso wie einen anderen Abnehmer für sein Getreide zu finden, schreibt der Analytiker weiter. Auf die Erholung in türkischen Kurorten waren die Russen laut Asa-EI auch nicht unbedingt angewiesen, obwohl sich dorthin jährlich ca. 3,3 Millionen russische Bürger begaben. Die Türken brauchen die russischen Touristen im Gegenteil ganz dringend, denn auf sie entfallen ein Zehntel des Touristenstroms des Landes überhaupt.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die gegen die Türkei verhängt wurden, seien für sie doppelt gefährlich, denn die soziale Lage im Land sei im Gegensatz zu Russland angesichts des Syrien-Krieges und der Kurden-Frage instabil, unterstreicht Asa-EI.

„Die Bauern, die nun den russischen Markt verlieren, und die Mitarbeiter von Hotels und Restaurants, die bald ihre russischen Kunden einbüßen, werden sich den Türken anschließen, die neben der einen Million syrischer Flüchtlinge den lokalen Arbeitsmarkt überfluten“, schreibt der Experte.

Sollte sich Russland zudem weigern, Gas in die Türkei zu liefern, würde die Lage erst recht schwer, fügt Asa-EI hinzu. In diesem Fall würde Russland zwar Millionen verlieren, wäre jedoch in der Lage, die bittere Pille zu schlucken, während die türkische Wirtschaft dadurch praktisch „zum Stillstand gebracht“ wäre.

Es gehe nämlich nicht nur darum, dass Russland die Hälfte der türkischen Energiebilanz decke, sondern auch darum, dass Erdoğan sich mit allen alternativen Lieferanten: dem Iran, Ägypten, Saudi Arabien sowie anderen Golfstaaten „verzankt“ habe.

Wladimir Putin verstehe zwar, so Asa-EI, dass Russland bestimmte finanzielle Verluste in Kauf nehmen müssen, doch sei ihm „die Ehre des Landes“ wichtiger.

„Im Streit mit Erdoğan um den abgeschossenen Bomber wird Putin vor allem auf die Ehre setzen“, schreibt der Analytiker. Aus seiner Sicht wird der russische Präsident es nicht verzeihen, dass die Türkei die russische Su-24 abgeschossen hat. Und das aus politischen genauso wie aus wirtschaftlichen Gründen: Das Prestige der russischen Waffen sei angeschlagen worden.

„So hat die Türkei allen Grund zu befürchten, dass der wirtschaftliche Druck aus Russland, der nun entsteht, nicht nachlassen wird, bis eine bestimmte Person in Ankara etwas getan haben wird, was bisher weder Putin noch Erdoğan getan haben, und zwar kapituliert“, folgert der Experte.

Dan-news.info: Bericht des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte

(Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Vom Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte wurden im Zeitraum vom 27. November bis zum 4. Dezember 14 Menschen als vermisst und ungesetzlich festgenommen registriert.“

Unter den Vermissten sind drei Soldaten der DVR, zwei Zivilisten und neun politische Gefangene.

Insgesamt werden derzeit von der ukrainischen Seite mindestens 1297 Menschen ungesetzlich festgehalten, darunter 472 Soldaten, 559 politische Gefangene und 236 Zivilisten, die keine Beziehung zum Konflikt im Donbass haben.

„Zwischen dem 27. November und dem 4. Dezember 2015 wurden durch die Kämpfe in der DVR drei Soldaten getötet. Mit Verletzungen verschiedenen Grades kamen zwei Menschen in Krankenhaus, ein Zivilist und ein Soldat“, meldet der Apparat.

Unter den Verletzten ist eine Frau, die Splitterverletzungen am Kopf und am Bein bei der Explosion eines Geschosses erlitt, der Soldat wurde beim Beschuss es Checkpoints im Bezirk von Abakumowa (westlicher Teil von Donezk) verletzt.

De.sputniknews.com: Russland versorgt die kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG, die in Syrien gegen die Dschihadisten kämpfen, nicht mit Waffen, wie Nesrin Abdullah, Kommandantin der Frauenverteidigungseinheiten YPJ am Freitag zu Sputniknews sagte. „Zurzeit haben wir keinerlei Informationen, die diese Angaben bestätigen. Wir haben keine Waffen von der russischen Seite erhalten“, sagte sie.

Unlängst tauchten in türkischen Medien Informationen auf, laut denen ein russisches Transportflugzeug fünf Tonnen Munition in das von den kurdischen Selbstverteidigungskräften kontrollierte Viertel Scheich Maksud unweit von Aleppo gebracht hat.

Abdullah sagte unter anderem, Kämpfer der Al-Nusra-Front und anderer Dschihadisten-Gruppierungen greifen weiter das Viertel Scheich Maksud an.

„Gleichzeitig halten die Zusammenstöße im Raum der Stadt Afrin an. Die kurdischen Kräfte wehren die Angriffe der Kämpfer ab“, betonte Nesrin Abdullah.

YPJ ist der militärische Flügel der syrischen kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD).



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30236/76/302367649.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie war in den letzten 24 Stunden vergleichsweise ruhig.

„Von uns wurden fünf Beschüsse auf das Territorium der Republik unter Anwendung von Panzertechnik und Schusswaffen festgestellt. Beschossen wurden Sajzewo, Spartak und

Losowoje.

Die Aufklärung der DVR stellt eine Verlagerung und Konzentration von Technik entlang der gesamten Kontaktlinie und Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zum Abzug von schweren Waffen durch die ukrainische Seite fest. So wurden in den folgenden Ortschaften festgestellt:

Krasnogorowka, 3 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von drei Artilleriegeschützen;

Marjinka, 1 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von acht Panzern;

Peski, 3 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von einem Panzer und Einheiten Panzertechnik;

Nowomichajlowka, 5 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von vier Panzer, zwei Einheiten Panzertechnik, vier Artilleriegeschützen und sechs Fahrzeugen mit Munition;

Granitnoje, 1 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von vier Artilleriegeschützen.

Eine Verschiebung von vierzig Fahrzeugen mit Technik, darunter zwanzig Artilleriegeschützen D-30 Kaliber 122mm, Fahrzeugen mit Personal und Munition, aus Artjomowsk in Richtung Majorsk wurde festgestellt“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Stationierung von nach den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte in der Pufferzone wird auch im Bericht der OSZE-Mission vom 3. Dezember 2015 bestätigt.

„Im Besonderen: im Gebiet von Opytnoje wurden drei Artilleriegeschütze und es wurde die Verlagerung von acht Panzern auf Fahrzeugen in Richtung Awdejewka festgestellt.

Ich möchte daran erinnern, dass mit der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen am 12. Februar 2015 die Seiten verpflichtet sind, schwere Waffen abzuziehen und keine Ortschaften in der sogenannten „grauen Zone“ gewaltsam einzunehmen.

Die Ortschaften Schirokino, Winograndoje, Pawlopol, Pischtschewik und Gnutowo, die sich in der Pufferzone in der Nähe der Kontaktlinie befinden, wurden zum Zeitpunkt der Unterzeichnung nicht vom offiziellen Kiew kontrolliert. Gestern hat die militärisch-politische Führung erklärt, dass die friedlichen Ortschaften Pawlopol und Pischtschewik in Richtung Mariupol siegreich eingenommen wurden. Die gewaltsame Einnahme der genannten Ortschaften durch die ukrainischen Streitkräfte ist eine Voraussetzung für einen Beginn neuer Kämpfe.

Diese Fakten zeugen von einem direkten Bruch der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine. Wir rufen die Garantiestaaten Frankreich, Deutschland und Russland sowie die OSZE-Mission auf, die Ukraine zu zwingen, mit der Erfüllung der übernommenen Pflichten zu beginnen und die Aggression gegen den friedlichen Donbass zu beenden. Nur durch eine einheitliche Front und gemeinsame Aktivitäten zur Lösung des Konflikts im Donbass werden wir den Frieden in unser Land zurückbringen können“, teilte Eduard Basurin mit.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins in Zusammenhang mit der Einnahme von Ortschaften in der Pufferzone durch die Ukraine:

Wir sind gezwungen die Tatsache festzustellen, dass die Aktivitäten der ukrainischen Seite immer mehr in Richtung einer Eskalation des Konflikts gehen.

Heute wurden von militärischen Formationen der Ukraine Handlungen des passiven Angriffs durchgeführt – es erfolgt eine Einnahme von Ortschaften, die sich in der Pufferzone befinden, namentlich: Pischtschewik, Pawlopol, Winogradnoje, Gnutowo, Schirokino, Bachmutowka, Showanka.

Während des Abzugs der Technik, in einer Periode, wo die Sicherheitszone nur größer werden sollte, ist das nicht hinnehmbar.

Von uns wurden entsprechende Briefe an Martin Sajdik geschickt, den Koordinator der Kontaktgruppe in Minsk sowie an die besondere OSZE-Beobachtermission.

Außerdem rufen wir das Normannische Format auf, eine Bewertung der Handlungen Kiews vorzunehmen und keine Wiederaufnahme vollwertiger Kämpfe aufgrund grober Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine zuzulassen.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben heute Abend die Umgebung des ehemaligen Flughafens von Donezk beschossen. Dies teilte eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Um 16:30 haben ukrainische Truppen das Feuer auf den Flughafen und das umliegende Territorium eröffnet. Insgesamt wurden während einer halben Stunde mehr als 30 Granatgeschosse des Kalibers 82mm auf die nördlichen Außenbezirke der Stadt abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass die Kämpfer der ukrainischen bewaffneten Formationen das Feuer von den Positionen in Peski eröffnet haben. Außer Granatwerfern wurden auch Schusswaffen verwendet.

Ukrinform.ua: Der Koordinator der zivilen Aktion zur Blockade der Krim, Lenur Isljamow, erklärt, dass man in den nächsten Tagen von einer neuen Blockade der Halbinsel erfährt. Das sagte er in einem Interview mit Radio Liberty.

„Außer der Energie- und Seeblockade der Krim wird es noch eine Blockade geben, und Sie werden bald davon erfahren, jetzt werde ich darüber zunächst nicht reden“, sagte er.

Zuvor kündigte er eine „Seeblockade“ der Halbinsel an, auch im Bereich der Straße von Kertsch, die zurzeit der wichtigste Transportweg ist, der die Krim mit Russland verbindet. Er erinnerte, dass sich die Aktivisten der Aktion zur Blockade der Krim bereits mit ihr befassen.

„Das ist schon eine militärische Operation, deshalb kann ich darüber noch nicht reden. Aber ich sage, dass die Seeblockade der Krim bereits begonnen hat. Weil die Türken, als sie dieses Flugzeug abgeschossen haben..., bereits den Bosphorus und die Dardanellen blockieren. Es bleibt nur noch die Straße von Kertsch, und damit beschäftigen wir uns“, sagte Isljamow.

Die Krimer Besatzungsbehörden reagierten auf diese Erklärung mit der Beschlagnahme der gesamten Habe des Aktivisten.

Dnr-online.ru: Heute berichtete auf einer Pressekonferenz die Beraterin des Oberhauptes der DVR zu Kinderrechten Jana Tschepikowa über die Arbeit zur Sammlung von Informationen im Rahmen der Herausgabe des „Buches der Erinnerung“.

„Vor einigen Monaten haben wir die Arbeit am „Buch der Erinnerung“ begonnen, über Kinder, die während der Kämpfe auf dem Territorium der Republik getötet wurden. Nach unserer Information sind dies bis heute 78 Kinder sowie 313, die Verletzungen verschiedenen Schweregrads erlitten. Die Ereignisse, die sich in unserem Land ereignen, erfordern es, dass wir die Erinnerung an die Toten durch die Aggression von Seiten der Ukraine festhalten. Ich bestätige, dass es eine fertige Liste mit 78 getöteten Kindern gibt. Es war sehr schwer, diese Informationen zu sammeln, aber dank unserer Arbeit gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium, dem Zivilschutzministerium, dem Innenministerium, dem Staatssicherheitsministerium, der Justizministerium, der gerichtsmedizinischen Expertise und den Stadt- und Bezirksverwaltungen der DVR gelang es uns diese Information zu bekommen. Wir haben alle vorhandenen Daten mehrfach geprüft, sobald wir irgendwelche neuen Informationen erhalten haben“, sagte Jana Tschepikowa.

Sie unterstrich, dass diese Daten auch Mitglieder der UN-Mission bestätigt haben. „Ich will anmerken, dass die Informationen, die uns heute vorliegt, auch von Mitgliedern der Beobachtermission der UNO festgestellt und bestätigt wurden. Dies zeugt davon, dass auch sie eine große Zahl von Opfern unter den Kindern feststellen und bestätigen“, sagte Jana Tschepikowa.

Zum Abschluss der Konferenz sagte Jana Tschepikowa, dass die Listen der getöteten Kinder auf der offiziellen Seite der Republik veröffentlicht werden. „Ab heute wird die Liste der während der Kämpfe getöteten Kinder auf der offiziellen Seite der DVR veröffentlicht werden. Ich bitte alle Menschen, denen irgendetwas bekannt ist, diese Liste zu öffnen und nachzusehen, ob wir alle Kinder berücksichtigt haben, die Namen richtig geschrieben haben,

weil Fehler in dieser Situation einfach nicht hinnehmbar sind. Leider sind alle Dokumente, die wir haben, in ukrainischer Sprache und es sind Übertragungsprobleme möglich. Ich möchte sehr, dass diese Liste nicht weiter anwächst“, fügte sie hinzu.

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, wird im Vorfeld des EU-Rats nach Brüssel verreisen, wo die Behandlung der Verschärfung der Sanktionen gegen Russland geplant ist.

Das teilt auf Twitter der Pressesprecher des Staatschefs, Swjatoslaw Zegolko, mit.

„Am 16. Dezember fährt der Präsident nach Brüssel, um in Sanktionen gegen Russland „einen Punkt zu setzen“, schreibt er.

Früher wurde berichtet, dass die EU-Mitgliedstaaten in der Sitzung des EU-Rates am 18. Dezember die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland behandeln können.

Abends:

De.sputniknews.com: Türkische Militärs haben an dem Hügel Tal Ziyab Befestigungsanlagen gebaut, um Deckung für die Tankwagen-Konvois mit syrischem Öl zu sichern, die von IS-Kämpfern über die Grenze geschmuggelt werden, wie Lifenews am Freitag berichtet.

Am 26. November drangen laut Lifenews mehrere türkische Verbände auf syrisches Territorium vor besetzten und den 50 Meter hohen Hügel. Die Infanteristen wurden beim Überqueren der Grenze von Baggern begleitet. Auf der gewünschten Höhe angelangt, machten sie sich an die Errichtung von Befestigungen. Zwei Tage später trafen vor Ort drei Panzer, zwei Schützenpanzer und mehrere gepanzerte Geländewagen ein.

Damit hat die Türkei offensichtlich vor, nicht nur das Territorium, auf dem Kurden leben, in zwei Teile zu trennen, sondern auch den Ölschmuggel aus Rakka zu sichern, den die IS-Kämpfer betreiben....